

Volks-Zeitung

Neuer Kummel um Hindenburg.

Neue Albeufschenkungen bei der Abfahrt des Marschalls. — Wieder eine Ehrenkompanie. „Auf Wiedersehen als Reichspräsident!“

Wie zum Lohn auf die Haltung jener Blätter der Mitte, die noch immer nicht begriffen haben, daß alle Stände und Zwischenfälle der leibhaftigen Woche vollständig und einem einzigen großen Mann entnommene Aktionen der Berufsmänner gewesen sind, wird heute abermals von einem neuen Radu berichtet werden. Die Parteibureaus der Rechten hatten auch zu der heute morgen erfolgten Abreise des alten Marschalls wieder ein paar Laufend-Gold- und Silberstücke mobilisiert, die sich ihres Auftrages sehr geschickt entledigten. Die im Verein mit dem Berliner Militärs-Gefolge Regie klappte abermals vorwärts. Wieder waren nicht nur viele Offiziere, sondern auch eine Ehrenkompanie und eine Musikabteilung der Reichsmehr erschienen. Eine Kofalformation verweilte über das damit verbundene Geschrei und schloß einen jener Berichte, die unsere Leser aus den letzten Tagen der zur Genüge kennen und deren Aufmachung und Einzelheiten aus einem Geistesgemächchen beweisen mühen, daß alles Theater programmatisch festgelegt war.

Eine besondere Note erhielt die heutige Demonstration die Ketten der Sicherheitswehr sind rechtzeitig wieder „durchbrochen“ worden durch den bei der Abfahrt des Marschalls immer wieder wiederholten „Auf Wiedersehen!“ „Auf Wiedersehen als Reichspräsident!“

Dieser Aufmarsch ebensowenig spontan entstanden sein wie der ganze übrige Janer. Er könnte die noch immer

Blinden aber am ehesten darüber aufklären, auf welchem Wege die Reaktionsäre ihre Ziele zu erreichen trachten und zu welchem Zwecke der Hindenburg-Kummel inszeniert worden ist.

Die „Politisch-Parlamentarischen Nachrichten“ besetzen sich, kurz vor Reaktionsbeginn zu erklären, daß der Wehrminister vor Bestellung der Ehrenkompanie seine Einwilligung gegeben habe. Diese Haltung Mastes dürfte an sich nicht als dinstätigen Ständes, der mit dem Namen Hindenburg entsetzt werden konnte, nicht nur bei seinen Parteigenossen auf Widerspruch stoßen. Zumal die „Rechte Hand“ Mastes, der Referent Bernhard Raufsch, in einer Charlottenburger Versammlung am Dienstag den erregten Mehrheitsparlamentarier eine Beirathung der Verantwortlichen in der Angelegenheit der ersten Parade verpöndeln mußte.

Wie die „Kron-Zeitung“ erzählt, wird Major Schönow, der mit seiner Truppe am Montag in der Hühnerstraße paradiert hatte, keines Wortes entbunden werden. Es ist nicht näher ausgeführt, ob damit eine bloße Erwähnung des derzeitigen Bataillonsführers (oder wie wir es für nötig halten würden) eine Verabschiedung gemeint ist.

Mitarbeit der Beamten und Arbeiter mußbar vertreten. Es wurde Einigkeit erzielt, einen Hauptausflug von 25 Vertretern von Beamten und Arbeitern aller Staatsbahnen zu bilden, aus dem ein engerer Arbeiterausflug hervorgeht. Sonntags werden im Hauptausflug verhandelt werden.

Die Schülinge der Reaktion.

Was die Sturmabteilung Korbach „erklärt“.

Dieselbe „Deutsche Tageszeitung“, die der Ansicht ist, daß die Niederlage vor Joch hauptsächlich darauf zurückzuführen sei, daß die Disziplin in unserem Heere nicht streng genug gehalten wurde, dieselbe „Tageszeitung“, die in unserer Formierung nach einer Bestrafung der rebellischen Baltikum-Truppenführer eine „Gemeinheit“ und „Schuldigkeit“ erblickt hat, dieselbe Zeitung bringt in ihrer heutigen Nummer in Fettdruck die folgende Erklärung der Sturmabteilung Korbach, die sich betamlich aus Joch nach Ausland durchgeschlagen hat:

Die freiwillige Sturmabteilung Korbach hat Deutschland verlassen, weil sie den geforderten Treueid auf die derzeitige Regierung, die von ihr nur als ein Coucoument in Diensten der Entente angesehen wird, nicht leisten wollte. Wir wollen nicht die Sägen einer Reichsleitung sein, die nicht die Kraft findet, die vollkommenden Freisetz einer unverantwortlichen Kadaverbestattung zu unterbinden und weißt andere mehr. All dies mit den Händen im Schoß über uns ergehen lassen, dazu sind wir nicht fähig. Wir sind nur einen rechtlichen Tropfen Erde reif, wird uns begreifen, wird auch begreifen, daß wir hier unter russischer Nationaler unserem Heimatlande größerer bessere Dienste leisten wie in der heutigen Republik als Kolonialschirmpuppe der Entente, wird auch begreifen, daß uns der Abschied bitter, bitter schwer geworden ist.

Die Rebellen der Abteilung Korbach wissen die sinnlose Phrase ebenso zu gebrauchen, wie die Leute der „Gefahren Division“, für die jetzt um gut Wetter gebittelt werden muß, wenn die volle Straße der letzten Endes nicht auch Unschuldige treffen soll. Die Führer der deutschen Teile der Anwalts-Armee müssen aber ebenso wie die der Korbachischen Abenteurerarmee mit aller Schärfe als das behandelt werden, was sie sind.

Eine O. H. L.-Denkschrift

als Agitationsstoff für Clemenceau.

Wenn Militärs Politik machen.

Stuttgart, 19. November.

Das „Stuttgarter Neue Tagblatt“ veröffentlicht eine mit Randbemerkungen des früheren Statthalteres von Elsaß-Lothringen, v. Falkow, versehene Denkschrift, die der Chef des Generalstabes des Reichsheeres, unterzeichnet v. Hindenburg, am 27. Dezember 1917 an den Reichskanzler gerichtet hat mit Vorbehalt zu sämtlichen staatsrechtlichen Gestaltungen von Elsaß-Lothringen. Darin wird zunächst getordert, daß in Rücksicht auf die staatsrechtliche Stellung des dem Reichslande Elsaß eine Reihe von Sicherheiten gegen den französischen Einbruch geschaffen werden, darunter Jungsallaudition des französischen Eigentums, deutsche Siedlung in den Grenzorten Sarrburg, Chateau-Salme, Metz-Vaub, Rebenheim-Metz-Dij und Ausbruch französischer Kapitulanten.

Wenn heißt es u. a., die Bestätigung dieser Sicherheiten macht eine Uebergangszeit unter militärischer Verwaltung notwendig. (Es soll wohl heißen: diktatorische Verwaltung) Anmerkung des Statthalteres. Ich bemerke hier auf mindestens 10 Jahre, bei Fortbestand der Reichslande auf 20 Jahre; bei Verleihung der Autonomie müßte sie aber ein Wenig früher hinaus dauern.

Die Uebergangszeit in Preußen ist nach jeder Richtung die einfachste und beste Lösung. Eine Zeitung unter Franken und Bayern ist der Mitbestimmung Bedenken militärisch vorzuziehen. Der Fortbestand der Reichslande ist unerwünscht.

Das „Stuttgarter Neue Tagblatt“ schreibt dazu, daß die Denkschrift von der französischen Straßburger Regierung sehr als Wahlfugblatt zumankeln Milard-Clemenceaus nationalstischem Blick in Elsaß-Lothringen verurteilt wurde.

Politische Nachrichten.

Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei fordert für den kommenden Sonntag zu Massenversammlungen im ganzen Reich auf, die gegen die monarchistische Reaktion Stellung nehmen sollen. Die Meldung der „Arbeitszeitung“ über eine bevorstehende Umbildung des Kabinetts, dergestalt, daß die Sozialdemokraten aus der Reichsregierung austreten wollen, ist, wie die „F. F. N.“ an zureichender Stelle erfahren, eine glatte Erfindung.

Die Rede des Abgeordneten Gröber wurde gestern Abend aus dem Reichstage, wo sie vorhergehend aufgeführt worden war, in das Reichstags-Gebäude in der Niederrheinstraße überführt, in das Reichstags-Gebäude während seines Aufenthaltes in Berlin zu verfahren. Die Rede wird nach der Trauerfeier, die am Sonntag Mittag im Reichstage stattfinden soll, nach dem Beamt der Verstorbenen überführt werden.

Im Reichstag begann heute Nachmittag 11 Uhr eine Debatte über die Finanzminister der Länder unter Vorsitz des Reichsfinanzministers Czuberger. Gegenstand der Beratungen bildeten die neuen Steuerentwürfe.

Die Entremplungsarbeit im Saargebiet. Nach der Saarbrücker Volkszeitung soll die neue Saarlandverwaltung im Herbstens drei Monaten eingeführt werden. Die Wahl der Klänge soll auf dem Saarfranken gehalten sein. Das Wahlrecht weicht mit, daß die Kommunalwahlen im Saargebiet spätestens in zwei Monaten stattfinden werden. Die Bildung des Saarlandes soll nach dieser Mitteilung bis dahin bestimmt sein.

Der amerikanische Friedenskampf.

Ein Vergleich wahrscheinlich?

Amsterdam, 20. November.

„Telegraph“ erhält aus London eine Washingtoner Meldung, daß der Senat die Ratifikationsvorlage des Senatsrats Lodge verworfen habe, da Lodge seine Zweidrittel-Mehrheit nicht erzielt habe.

Wallerden, 19. November.

Der Washingtoner Berichtschalter der „Londoner Morning Post“ meldet, daß amerikanische Blätter zufolge ein Vergleich über den Friedensvertrag wahrscheinlich geworden ist. Der New-York Tribune“ sagt, daß Senator Lodge gewillt ist, die Einstellung zu den Vorbehalten im Friedensvertrag fallen zu lassen. Man erwartet, daß der Senat dem Friedensvertrag ratifizieren wird. Wilson würde sich mit dem Beschluß des Senats abfinden und die Militären sich mit Schweigen darauf fügen.

Washington, 19. November. (Gabas.)

Nach Ablehnung des Antrages Lodge auf Annahme des Friedensvertrages mit seinen Vorbehalten mit 55 Stimmen (52 Demokraten und 13 Republikaner) gegen 39, wodurch die vorrätige Zweidrittelmehrheit wieder fast noch gegen den Antrag erreicht war, hat der Senat einen Antrag Reed auf abermalige Erwägung des Antrages Lodge mit 62 gegen 30 Stimmen angenommen.

Der Sozialistenkrieg in Belgien.

Das italienische Ergebnis.

Brüssel, 20. November.

Das amtlich festgestellte Ergebnis der Senatswahlen ist, daß nach dem allgemeinen Stimmrecht gewählt sind: 43 Katholiken, 20 Liberale und 20 Sozialisten. Die Katholiken verkörtern 12, die Liberale gewinnen 2 und die Sozialisten 10 Sitze. Zum 27. November werden 27 Senatoren ernannt werden. Der alte Senat bestand aus 11 Katholiken, 34 Liberale und 13 Sozialisten.

Saut „Große Welt“ glaubt man allgemein, daß ein Ministerium aus Mitgliedern der Rechten der Verfassung gestiftet wird und nennt als wahrscheinlichste Ministerpräsidenten die La Croix oder Benin.

Rom, 20. November.

„Laur Epoca“ umfaßt die neue italienische Kammer 185 Sozialisten, 81 Katholiken und 289 Deputierte der mittleren Parteien.

Kleine Auslandsnachrichten.

Rückland Geddes brachte am Mittwoch im englischen Unterhaus die Antidumping-Bill ein.

Die amerikanischen Blätter melden aus Washington, daß Wilson am Dienstag zum ersten Male das Haus verlassen dürfte.

Der holländische Minister des Innern erklärte in der niederländischen zweiten Kammer, daß die Niederlande kein militärisches Bündnis mit Belgien schließen werden.

„Times“ melden aus Heligoland, daß General Goring von der englischen Flotte nach England abberufen wurde, um über die Lage Bericht zu erstatten.

Katholiken im Völkerverbund. Gabas meldet aus New-York, daß Parlament von Katholiken hat den Eintritt Katholiken zum Völkerverbund beschlossen.

Rücktritt der ägyptischen Regierung. Reuters meldet aus Kairo: Infolge der Ernennung der Kommission unter Lord Milner zur Prüfung der ägyptischen Verfassungsverhältnisse ist die ägyptische Regierung zurückgetreten. — Gabas meldet aus Kairo: Im Verlaufe der Dienstleistungen begab sich die Menge der Polizeiwache. Die englischen Soldaten erwiderten das Feuer auf die Menge. 61 Personen wurden getötet und etwa sechzig verwundet, darunter 300 schwer. Mittwoch morgen

war die Stadt ruhiger. Die Straßenbahn hat ihren Betrieb eingestellt. Die arabische Presse ist sehr erregt.

Clemenceau der Kriegsberewiger.

Für den Kampf gegen Rußland.

Sasel, 20. November. (T. N.)

Nach einer Meldung aus Paris schreibt der „Populaire“: Wir erfahren aus sicherer Quelle, daß Clemenceau entschlossen sei, bei der Eröffnungsfeier der Kammer den militärischen Kampf gegen die russische Republik und die Kriegserklärung gegen Rußland zu fordern. Wahrscheinlich werde er den Befehl gegeben zu haben und die Jenseit wieder einführen.

Konow am Don, 20. November. (Gabas.)

Eine Gruppe der galizischen Armee in Stärke von etwa 20 000 Mann, die den linken Flügel der Armee Westliras bildet, ist unter folgenden Bedingungen zu der Armee des Generals Denzin übergegangen:

1. Erhebung der galizischen Offiziere durch russische Offiziere;
2. Verlegung der Regierung in einen anderen Frontabschnitt der Freiwilligenarmee.

Selbstmörders, 19. November.

Bei den Dorpater Verhandlungen zwischen dem Selbstmörders-Ministrow und den Reichsämtern am 17. und 18. November ist Uebereinkommen über den Gletschlaufsatz erzielt. Seitens der Bolschewiken war einseitig weiser hoher Forderung zu verlieren fürchten. Hierin werden sie durchaus von der Entente unterstützt, namentlich von England, das im Baltikum bereits stark beteiligt ist.

Der ehemalige Minister des Reichens Wilh seit nunmehr der Reichs ausständig ist, daß die russische Nordwestarmee beim Betreten des estländischen Gebietes einmüßiger besetzungswillig unter estländischen Befehl neu formiert werden würde. Alles deutet darauf hin, daß Estland und Lettland die Liquidierung der antipolitischen zwischen Gruppen wäntchen und die Verteidigung solange als notwendig selber führen wollen.

Die erfolglose Verkehrsperre.

Unzureichende Kohlenversorgung im Osten.

Königsberg, 20. November. (Privat.)

Die abgelehnte Verkehrsperre ergibt für die Kohlenversorgung Ostpreußens nahezu einen völligen Stillstand. Von den verprochenen Sonderzügen der Kohlen erhielt Königsberg keinen einzigen. Verträge der Berliner Regierung schließliche Kohle zu beschaffen, wurden durch die Verlegung völlig vereitelt. Doch aller Verpöndungen wird aber die Versorgung völlig zu erreichen. Auf dem Lande kann nicht mehr gebroden werden, in den Städten herrscht dringende Mangelnot, die das gesamte Wirtschaftleben in Anspruch nimmt. Eine Reihe großer Betriebe wurde bis daher telegaphisch an den Reichspräsidenten und andere zuständige Stellen um sofortige Herbeiführung einer geordneten Kohlenversorgung Oltpreußens.

Reichsarbeitsgemeinschaft der Eisenbahnorganisationen.

Auf Einladung des Reichsverkehrsministeriums fanden sich am 18. November die Vertreter der arbeiter Organisationen der Beamten und Arbeiter aller baltischen Staatsbahnenverwaltungungen mit Vertretern der baltischen Länder im Reichstagsgebäude zu einer Beratung zusammentun, auf welche Weise diese Organisationen bei der Lösung der Frage der Ueberführung der Staatsbahnenbetriebe auf Reichsbesitz beteiligt werden können. Den Vorsitz führte Herr des Reichsverkehrsministeriums Dr. Wittmann. Den Untersekretär im Reichsverkehrsministerium, Stiller, das Reichsverkehrsministerium will die praktische Ausführung und